

Rechenschaftsbericht der Fraktion DIE LINKE. im Landschaftsverband Westfalen-Lippe 2010 - 2014

DIE LINKE-Fraktion beim LWL hat **3 Arbeitsebenen**.

Die Gesamtfraktion wählt den **Fraktionsvorstand**, der aus der Sprecherin, dem Sprecher und den beiden Geschäftsführer/innen besteht. Nach der halben Wahlperiode wurden Sprecherin Barbara Schmidt und Sprecher Rolf Kohn in ihrem Amt bestätigt.

Der Fraktionsvorstand bereitet die Fraktionssitzungen vor und verwaltet auch die Finanzen der Fraktion.

Die **Gesamtfraktion** besteht aus den 5 MandatsträgerInnen und 7 Sachkundigen BürgerInnen. Alle Mitglieder sind gleichberechtigt stimmberechtigt, es gibt keinen Unterschied zwischen MandatsträgerInnen und Sachkundigen BürgerInnen. Unterstützt wird die Fraktion durch zwei halbtagsbeschäftigte FraktionsgeschäftsführerInnen, Doris Petras und Stefan Müller.

Die Fraktionssitzungen finden etwa einmal im Monat statt, dort werden Ausschusssitzungen vor- und nachbesprochen, Landschaftsversammlungen vorbereitet und Veranstaltungen der Fraktion geplant.

Schließlich gibt es als 3. Ebene die **Arbeitskreise**, in der Fraktionsmitglieder je nach Interesse und Ausschusszuständigkeit Details von Ausschüssen besprechen.

In unregelmäßigen Abständen findet „**Fraktion vor Ort**“ statt. Das sind Fraktionssitzungen, die in einer Stadt in Westfalen-Lippe in einer LWL Einrichtung tagen. Meist ist ein Thema mit dieser LWL Einrichtung verbunden.

In der Regel treffen sich die Fraktion sowie Vertreter/innen der entsprechenden Einrichtung (dies sind gerne auch Personalrats- und Betriebsratsmitglieder). Eingeladen sind auch immer die Mitglieder der lokalen Kreisverbände sowie die örtlichen MandatsträgerInnen. Im Februar letzten Jahres fand z.B. in Soest eine große „Fraktion vor Ort“ zum Thema Inklusion statt, auf der nicht nur LINKE VertreterInnen aus Stadtrat und Kreistag dabei waren, sondern auch viele fachbezogene Gäste und an der Inklusion interessierte BürgerInnen. In diesem Monat fand in Bocholt eine „Fraktion vor Ort“-Sitzung statt, an der sich viele GenossInnen aus dem Kreisverband beteiligten.

„Fraktion vor Ort“ ist eine sehr erfolgreiche Veranstaltungsform, die hoffentlich in Zukunft öfter statt finden kann.

Auf den nächsten Seiten legen wir Rechenschaft ab über unsere Arbeit in den verschiedenen Themengebieten des LWL.

AK Gesundheit und Krankenhäuser, AK Psychosoziale Hilfen und Beschwerdekommission

Die AK's haben die Beschäftigung mit den Themenbereichen Zwang in der Psychiatrie und Entschädigung der ehemals in Heimen und in kinder- und jugendpsychiatrischen Einrichtungen Unterbrachten als zwei ihrer Schwerpunktaufgaben betrachtet.

Ausgehend von der Beschwerde eines ehemals als Kind in der LWL-Klinik Marsberg (KJP) Unterbrachten konnte 2011 ein Aktenvernichtungsstopp initiiert werden. Nach einem Bericht im Regionalfernsehen über die ehemaligen Zustände im St. Johannis Stift, Marsberg, konnte die Auseinandersetzung mit den Ansprüchen der beim Runden Tisch Heimerziehung unberücksichtigten ehemaligen InsassInnen der kinder- und jugendpsychiatrischen Einrichtungen eingefordert werden.

In Zusammenarbeit mit der Fraktion DIE LINKE. im LVR und dem Verband ehemaliger Heimkinder (VEH) wurden Arbeitstreffen und eine offene Fraktionssitzung durchgeführt, mit dem Ziel der Koordination des politischen Vorgehens zum Thema **Entschädigung der Heimkinder und InsassInnen der Kinder- und Jugendpsychiatrien der 50er bis 70er Jahre**. In diesem Zusammenhang wird z.Zt. eine wissenschaftliche Tagung zu diesen Themen vorbereitet. Positive Synergieeffekte hin zur politischen Arbeit der LWL-Fraktion und des VEH ergeben sich aus initiierten Begleitungen ehemaliger Heimkinder bei ihren Entschädigungsforderungen an den LWL und aus unentgeltlicher Gutachtertätigkeit. In diesem Zusammenhang konnte festgestellt werden, mit welcher Hartnäckigkeit vom Versorgungsamt im LWL jeder Rentenanspruch der in ihrer Kindheit und Jugend massivst Geschädigten verhindert wird. Weiterhin wird in diesem Zusammenhang das Thema der Spätfolgeschäden neuroleptischer Medikation in den Heimen und kinder- und Jugendpsychiatrischen Einrichtungen wissenschaftlich aufgearbeitet.

Zum Thema Zwang in der Psychiatrie wurde Ende November 2013 eine wissenschaftliche Tagung ausgehend von den LVR- und LWL-Fraktionen, gemeinsam mit dem Bundesverband der Psychiatrieerfahrenen (BPE), durchgeführt. Es besteht insgesamt zwischen LWL-Fraktion, AK Gesundheit und Krankenhäuser und BPE eine enge Kooperation, die die **Verbesserung der humanitären Zustände in den psychiatrischen und forensischen Kliniken des LWL** zum Ziel hat. Der AK unterstützte die politischen Initiativen, die die Abschaffung der Videoüberwachung in den psychiatrischen Kliniken des LWL zur Folge hatten.

U.a. konnten innerhalb der Tätigkeit der Beschwerdekommission aus fachlicher Kompetenz heraus Hilfen bei der Beurteilung von **Beschwerden über medikamentöse Behandlung, psychische Störungsbilder und Zwangsmaßnahmen** gegeben werden. An den AK direkt gerichtete Beschwerden von PatientInnen der psychiatrischen Kliniken wurden in Gesprächen mit der Verwaltung und in der Beschwerdekommission bearbeitet.

Im Ausschuss Gesundheit und Krankenhäuser arbeitete der AK im Zusammenhang mit Bauprojekten in Gremien mit. In den Sitzungen bezogen sich vom AK initiierte Diskussionen u.a. auf folgende Bereiche: Entschädigungsforderungen der ehemaligen Heimkinder und Insassen der Kinder- und Jugendpsychiatrien an den LWL, in diesem Zusammenhang die Auflegung eines weiteren Entschädigungsfonds, die Verbesserung der Lebensbedingungen in den forensischen und psychiatrischen Kliniken des LWL, die Überprüfung der hygienischen Bedingungen in der

Trinkwasserversorgung der LWL-Klinik Dortmund, die Forderung, bei den Besuchen der Beschwerdekommision in den forensischen Kliniken über die Beschwerden der Patienten hinaus auch von der Klinikleitung vorgestellte „problematische Fälle“ der Klinik gemeinsam zu diskutieren (vgl. Fall Gustl Mollath).

AK Soziales

Wie in der Landschaftsversammlung, wie in den anderen Ausschüssen, war unsere Anwesenheit im Sozialausschuss, unsere Nachfragen und unsere Anträge sowohl für die sogenannte Gestaltungsmehrheit aus FDP, Grünen und SPD – und zwar genau in der Reihenfolge - als auch für die CDU Fraktion einfach nur harmoniestörend. **Vier neoliberale Parteien**, mit freundlicher Unterstützung durch die FWG, sehen sich erstmalig im LWL und natürlich auch im Sozialausschuss **durch eine LINKE-Fraktion beobachtet, kontrolliert, aber auch bedrängt**. Eine LINKE-Fraktion, die vor allem gefährlich war und ist, weil sie Transparenz herstellt – von innen nach außen.

Fast alle Entscheidungen im Sozialausschuss standen unter dem Motto "alle gegen einen" – gegen den Vertreter der LINKEN. Allerdings - dadurch haben wir uns auch Alleinstellungsmerkmale erarbeitet, Kontakte aufgebaut und vertieft, sowohl mit Betroffenen als auch mit Einrichtungen / Trägern.

Im Einzelnen: **Ambulant vor stationär**, als einzige Partei haben wir uns gegen das neoliberale Dogma der Kostensenkung durch Zwangsambulantisierungen ausgesprochen. Wir haben dafür plädiert grundsätzlich und individuell zu entscheiden welche Wohn- / Unterbringungsform angemessen ist und dem Betroffenen dient.

WfbM – Werkstätten für Menschen mit Behinderungen. Gegen unsere Stimme haben alle Parteien die Deckelung der Werkstattplätze beschlossen. Mit dem Wissen, dass der steigende Bedarf an Werkstattplätzen damit konterkariert wurde. Die Betroffenen wird damit die Teilhabe am Leben in der – wenn auch separierten – Gemeinschaft verweigert. Als einzige Partei sind und waren wir der Auffassung, solange Betriebe des ersten Arbeitsmarktes sich freikaufen können, solange sind Werkstätten leider unverzichtbar. Es ist uns gelungen, zu allen WfbM's im Bereich des LWL Kontakt aufzunehmen.

Integrationsbetriebe oder integrative Abteilungen sind leider oftmals nicht das, was die Begrifflichkeiten verheißen, sondern der Versuch, marode Betriebe mit Mitteln des LWL zu sanieren. Lohndumping steht auf fast jeder Tagesordnung des Sozialausschusses. Wir haben jede Beschlussvorlage abgelehnt, in denen ein Stundensatz unterhalb von 8,50 € für Menschen mit Handicap gezahlt werden soll. Wohl wissend, dass selbst 8,50 € nicht auskömmlich ist. Es ist unserem Antrag zu verdanken, dass die Stundenlöhne überhaupt in die Beschlussvorlagen aufgenommen worden sind.

Zum Persönlichen Budget haben wir die Beratungsstelle in Dortmund besucht und eine ausführliche Anfrage im Ausschuss gestellt. Die bisher gebotenen schlechten Rahmenbedingungen führen dazu, dass weniger Menschen mit Behinderungen das Persönliche Budget nutzen, als in den vergangenen Jahren. Bei veränderten Bedingungen des finanziellen Rahmens und der Beratung kann das persönliche Budget ein Schritt zur

Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und zu einem Selbstbestimmten Leben von Menschen mit Behinderungen sein.

AK Schule und Jugend, Schwerpunkt Inklusion

Der AK Soju hat die Beschäftigung mit dem **Themenbereich 'Inklusion'** als eine seiner Schwerpunktaufgaben betrachtet. Eine wesentliche Zielsetzung dabei war und ist, unmittelbaren Kontakt zu Menschen mit Behinderungen und Fachkräften, die beruflich in den Inklusionsprozess eingebunden sind, herzustellen und im Meinungsaustausch mit ihnen die eigene parteipolitische Position kritisch zu reflektieren. Damit verbunden ist das Ziel, die gesamte Fraktion über aktuelle Entwicklungen der gesamtgesellschaftlichen Diskurse zum Thema und konkrete Erfahrungen mit Inklusionsprozessen zu informieren und in die Debatte einzubeziehen.

Der langjährige Vorkämpfer für Inklusion, Prof. Hans Wocken, vermittelte eine erste theoretische Perspektive speziell zu Möglichkeiten der Inklusion im Bildungsbereich und zeigte anhand praxisbezogener Konzepte, dass und wie Inklusion von Kindern mit Behinderungen gelingen kann.

Um Einblicke in die Lebenswirklichkeit von Menschen mit Behinderungen und deren Erfahrungen mit den ersten Schritten zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) zu erhalten, wurden im Lauf der Zeit mehrere Fraktionssitzungen in entsprechenden Einrichtungen durchgeführt.

Neben der **Schule für Hörgeschädigte in Bielefeld** war auch die **Schule für Blinde und Sehbehinderte in Soest** Ort einer Fraktionssitzung. Dort kam es zu einem lebhaften Austausch von Erwartungen, Überzeugungen und konkreten Erfahrungen von Betroffenen, wobei insbesondere die Schilderungen von SchülerInnen der Blindenschule auch ein Überdenken der eigenen Position innerhalb der Fraktion initiierten.

Die Frage, ob die von der Landesregierung postulierte Umsetzung der schulischen und gesellschaftlichen Inklusion tatsächlich zu für alle unmittelbar Beteiligten akzeptablen Ergebnissen führen könne, stand auch beim **Besuch der Werkstatt für Menschen mit Behinderungen in Münster** im Raum. Im gemeinsamen Gespräch mit den dort Beschäftigten wurden neben Hoffnungen und Wünschen auch viele Sorgen und die Befürchtung geäußert, aus einem geschützten Raum in eine immer noch feindselige Umwelt gestoßen zu werden.

Dieser Austausch mit den Betroffenen führte dazu, dass die Mitglieder des AK Soju und auch der Fraktion zwar nicht das Ziel **'Inklusion'**, wohl aber den eingeschlagenen Weg, insbesondere unter den gegebenen Bedingungen einer von Neoliberalismus und Sparzwängen geprägten Politik, **zunehmend kritisch betrachteten** und von anfänglich idealistisch aufgestellten Forderungen wie dem sofortigen Schließen der Förderschulen wieder abrückten.

Die Frage, wie sich die offiziellen Bemühungen um schulische und gesellschaftliche Inklusion vier Jahre nach Ratifizierung der UN-BRK in der Realität niederschlagen, war Thema einer großen gemeinsamen Fraktionssitzung von LWL-Fraktion sowie Kreistags- und Stadtratsfraktion in Soest, zu der die VertreterInnen verschiedener Einrichtungen und von Betroffenenorganisationen wiederum in die Aula der Blindenschule eingeladen waren. Mut und Engagement der Beteiligten

kamen ebenso zum Ausdruck wie ihre teils jahrzehntelangen Kämpfe, unerfüllten Hoffnungen und Frustrationen.

Es wurde deutlich, dass der **Kampf um 'echte' Inklusion** nur als Bündnisprojekt erfolgreich sein kann und es dafür noch viel mehr Austausch und Vernetzungen zwischen PolitikerInnen und Betroffenenorganisationen geben muss. Es wurde auch deutlich, dass wir als LINKE sehr behutsam sowohl mit dem Begriff 'Inklusion' wie auch mit damit verbundenen Forderungen umgehen müssen und uns dabei vor Augen halten sollten, dass richtige Inklusion im falschen System weder von den herrschenden Parteien erwünscht, noch in unserem Sinne umsetzbar ist.

AK Kultur

Die Arbeit im Bereich Kulturpolitik war von folgenden Leitlinien bestimmt:

1. Die Kulturarbeit des Landschaftsverbandes soll auf hohem qualitativem Niveau erhalten und gestärkt werden.
2. Die Kulturangebote des LWL müssen für alle Menschen – gleich welcher Herkunft oder materieller Ausstattung – zugänglich sein.
3. Diejenigen, die im Kulturbereich des LWL arbeiten, müssen dafür tariflich angemessen entlohnt werden; Kulturarbeit des LWL darf nicht auf prekären Arbeitsverhältnissen und (Selbst-) Ausbeutung beruhen.
4. Kulturarbeit muss die Menschen in den besonderen Arbeitsbereichen des LWL – Arbeit mit behinderten Menschen, in der Psychiatrie und in der Forensik – auch besonders im Blick haben und fördern. Inklusion hat auch eine kulturelle Seite.

Konkret waren wir zu folgenden Themen aktiv:

- **Beschäftigungsverhältnisse in den Museen:**
 - Einsatz für die bevorzugte Vergabe von Aufträgen an Werkstätten für Menschen mit Behinderungen, beispielsweise Freilichtmuseum Detmold.
 - Antrag auf Insourcing von Maschinen- Vorführern in der Weberei des LWL-Textilmuseums Bocholt, die bisher über eine Sicherheitsfirma zu erheblich niedrigeren Tarifen tätig waren.
 - Widerstand gegen die Streichung einer halben Leitungsstelle im Museum Kaiserpfalz, Paderborn.

- **Unterstützung für Erhalt und Absicherung von Museen:**
 - Preußen-Museum Minden: Erhalt und Integration des Museums in die LWL-Strukturen.
 - Kaiserpfalz, Paderborn: Gegen die geplante Schließung bzw. Übertragung des Museums an Erzdiözese Paderborn.
- **Widerstand gegen die Kürzung von Mitteln** für die verschiedenen Formen der Kulturarbeit des LWL, wie Museumsförderung, Kulturkommissionen, Druckkostenzuschüsse, Personalabbau.
- **Anträge zur Reduzierung von Eintrittspreisen** in den LWL-Museen insbesondere für Menschen mit wenig Geld.

In folgenden Museen/ kulturellen Einrichtungen waren wir im Rahmen von **Fraktion vor Ort**:

- Preußen-Museum Minden,
- Schiffshebewerk Henrichenburg, Waltrop
- Museum für Klosterkultur, Lichtenau-Dalheim
- Museum in der Kaiserpfalz, Paderborn
- Zeche Zollern, Dortmund
- Henrichshütte, Hattingen (gemeinsam mit den Schwesterfraktionen aus LVR und RVR)
- Archäologie des LWL, Außenstelle Bielefeld
- Textilmuseum Bocholt

Diese Besuche haben wir nach Möglichkeit genutzt, um mit den Beschäftigten, Beschäftigtenvertretern und auch den GenossInnen aus Kreisverbänden und den jeweiligen KommunalvertreterInnen in Kontakt zu kommen.

Zur Ausstellung **Credo – Christianisierung im Mittelalter** in Paderborn, die gemeinsam vom LWL, der Stadt und Erzdiözese Paderborn organisiert wurde haben wir als Fraktion gemeinsam mit anderen Organisationen vor Ort eine **Veranstaltung mit Uta Ranke-Heinemann** organisiert, an der gut 200 Personen teilgenommen haben.

Es ist uns auch gelungen, mit Berichten zu Initiativen der Fraktion im Bereich der Kultur in die (örtliche) Presse zu kommen (beispielsweise in Paderborn, Dalheim, Minden, Bielefeld und Bocholt).

Der Arbeitskreis Kultur der Fraktion hat sich unregelmäßig, aber mehrmals im Jahr getroffen, um Kulturausschussitzungen vorzubereiten und andere Aktivitäten im Bereich Kulturarbeit zu besprechen. Dabei haben wir inzwischen auch andere im Kulturbereich tätige Genossinnen und Interessierte eingeladen und zur Mitarbeit bewegen können.

Projekte:

- Entwicklung eigener Positionen zur Kulturpolitik in Westfalen-Lippe;
- Kritik und Widerstand gegen das private Sponsoring und Re-Feudalisierung der Kultur;
- Einsatz für die Erhöhung der finanziellen Mittel für die Kulturarbeit.

Provinzial – Privatisierung verhindert

Die Provinzial, deren Wurzeln in der Versicherung von Brand- und Sachschäden über 300 Jahre liegen, repräsentiert eine grundlegende Leistung der Daseinsvorsorge. Zwar gibt es inzwischen auch private Sachversicherer: das dichte Netz der Ansprechpartner und die engen gesellschaftlichen Verflechtungen mit Feuerwehren und lokalen Einrichtungen zeigt jedoch deutlich die öffentlichen Bindungen, die aus und in der Geschichte gewachsen sind. Gesetzlich verankert wurde der öffentlich-rechtliche Charakter der Provinzial noch 2001 im Provinzial-Gesetz von NRW, auch wenn 2007 eine Umwandlung der Provinzial Nord-West in eine Aktiengesellschaft erfolgte. Die Anteilseigner sind zum einen der Landschaftsverband als Rechtsnachfolger des preußischen Provinzialverbandes und der Sparkassenverband Westfalen-Lippe zu jeweils 40 Prozent sowie der Sparkassen- und Giroverband für Schleswig-Holstein zu 18 Prozent und der Ostdeutsche Sparkassenverband zu 2 Prozent.

Die Provinzial Nord-West ist ebenso wie die Provinzial-Rheinland wegen ihrer guten Arbeit und Verwurzelung in ihrer jeweiligen Region unangefochtener Branchenführer und bringt seinen Eigentümern jährlich hohe Einnahmen. Deshalb schlug die Nachricht über einen geplanten Verkauf der Provinzial Nord-West an die Allianz-Versicherung vor allem im Münsterland als Hauptstandort der Provinzial wie eine Bombe ein. Hintergrund für erste Verkaufsgespräche des Landesdirektors Dr. Kirsch sowie des Präsidenten der westfälisch-lippischen Sparkassen Gerlach liegen in den außerordentlichen Belastungen vor allem der Sparkassen durch die Abwicklung der WestLB.

Der Widerstand gegen diese Privatisierung entwickelte sich unglaublich schnell. Das gesamte Netz aus Versicherungs-Niederlassungen und Zentrale, die Beschäftigten, ihr Betriebsrat und die Gewerkschaft, Kultureinrichtungen und freiwillige Feuerwehr: Alle begründeten aus ihrer Sicht die gute Arbeit und Verankerung der Provinzial im öffentlichen Eigentum und verlangten den sofortigen Stopp der Verkaufsverhandlungen. Selten gab es ein so vielstimmiges und weitreichendes Lob dessen, was öffentliche Daseinsvorsorge konkret an positiven Wirkungen für alle Beteiligten bringen kann. Die Demonstration von Tausenden Provinzial-Beschäftigten und BürgerInnen vor dem Landeshaus in Münster im Dezember 2012 war ein deutliches Zeichen: Kein Verkauf und keine Privatisierung eines so gut funktionierenden öffentlichen Unternehmens. Dem konnten sich auch die VertreterInnen aller Parteien in der Landschaftsversammlung nicht verschließen: Einstimmig beschlossen sie, keinen Verkauf an Privat zuzulassen.

Die Fraktionen von SPD, CDU, Grünen und FDP beschlossen aber gleichzeitig, zur Verbesserung der Rendite Fusionsverhandlungen mit der Provinzial Rheinland einzuleiten, die noch als Anstalt öffentlichen Rechts organisiert ist. Eine höhere Rendite sollte vor allem durch den Abbau von 500

Arbeitsplätzen erreicht werden. Die Linke im Landschaftsverband widersprach als einzige in der Landschaftsversammlung der Notwendigkeit einer Fusion und stellte sich von Anfang an auf die Seite der Beschäftigten, des Betriebsrates und der Gewerkschaft ver.di. Gemeinsam mit der Linksfraktion im Landschaftsverband Rheinland als Gewährträgerin der Provinzial Rheinland positionierten wir uns in dieser Frage und vernetzten uns mit der lokalen Parteiorganisation, mit Gewerkschaft und betrieblicher Interessenvertretung. Im Landschaftsausschuss waren wir die einzigen, die die Interessen der Beschäftigten über die Interessen von noch mehr Gewinnen stellten und den öffentlich rechtlichen Charakter der Provinzial unterstützten. Diese deutliche Haltung wurde auch von den Beschäftigten wahrgenommen, trotz des Totschweigens durch die bürgerliche Presse.

Letztlich wurde Ende 2013 der **Fusionsprozess der beiden Provinzialversicherungen abgebrochen**. Der Landschaftsausschuss beschloss mit den Stimmen von SPD, CDU, Grünen und FDP jedoch, die Provinzial Nordwest auf eine deutliche Erhöhung des wirtschaftlichen Ergebnisses zu verpflichten. Auch hier widersprechen wir LINKEN: die Provinzial ist eine hervorragend aufgestellte und „profitable“ Einrichtung im öffentlichen Eigentum. Eine weitere drastische Erhöhung des wirtschaftlichen Ergebnisses und der Ausschüttungen darf auf keinen Fall auf Kosten der Beschäftigten und der Leistungen gehen. Auch in dieser Frage stehen wir weiter an der Seite der Beschäftigten, die diese guten Ergebnisse ja erst ermöglichen.

Vernetzung der LWL-Fraktion innerhalb und außerhalb der Partei

Die LWL-Fraktion hat von Anfang an daran gearbeitet, sich innerhalb der Partei, mit den anderen LINKE-Fraktionen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene, mit der Fraktion im LVR und mit anderen Organisationen innerhalb der Gesellschaft zu vernetzen. Dies ist in vielen Bereichen auch gut gelungen.

Innerhalb der Partei und mit den Fraktionen

Um die Arbeit der Landschaftsverbände und unserer Fraktion darzustellen, hat das KoPoFo auf unsere Initiative hin eine **Abrufveranstaltung zu den Aufgaben und Leistungen der Landschaftsverbände** in ihr Programm aufgenommen. Es fanden in Bochum, Recklinghausen, Mettmann, Moers, Soest und Lengerich Veranstaltungen, tlw. gemeinsam mit den GenossInnen des LVR statt. Zwei GenossInnen aus der Fraktion arbeiteten im Vorstand des KoPoFo mit.

Da wir auf die fachliche Beratung und den Diskurs mit der Partei Wert legen, haben wir mit Bedauern festgestellt, dass die **LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik in NRW** nicht mehr aktiv war. Deshalb nutzten wir einen Landesparteitag, um die Arbeit unserer Fraktion darzustellen und den Wiederaufbau der LAG zu fördern. Mehr als 40 GenossInnen wurden neu für die LAG geworben und in Zusammenarbeit mit anderen GenossInnen die LAG Anfang des Jahres neu gegründet. Die LAG hat jetzt rund 100 Mitglieder und schon einige Aktivitäten entwickelt.

In Zusammenhang mit dem geplanten **Verkauf der Provinzial-Versicherung** bzw. der geplanten Fusion gab es eine intensive Zusammenarbeit mit dem **Landesvorstand**, der Gewerkschaft ver.di, dem Personalrat und unserer Schwesterfraktion im LVR.

Mit unserer **Fraktion im Landschaftsverband Rheinland** entwickelte sich im Laufe der letzten Jahre ein gutes Beratungs-, Informations- und Unterstützungsklima. Es gab diverse gemeinsame Beratungen und zwei gemeinsame Veranstaltungen: Im Jahre 2012 fand in Münster die **Inklusionskonferenz** mit 70 TeilnehmerInnen statt und im November 2013 haben wir in Essen eine gemeinsame wissenschaftliche **Konferenz zum Thema Psychiatrie ohne Zwang** durchgeführt. Diese wurde vom AStA der Universität, der Rosa-Luxemburg-Stiftung und dem Bund der Psychiatrie-Erfahrenen (BPE) getragen. In vielen Fragen, wie z.B. der Provinzial, der pflegerischen und therapeutischen Versorgung, zu den Beratungsstellen der ehemaligen Heimkinder oder auch zu den Umlagesätzen der Landschaftsverbände gab es Absprachen und Austausch zwischen unseren Fraktionen der Landschaftsverbände.

Auch an den **Arbeitskreisen der Landtagsfraktion** haben sich Mitglieder unserer Fraktion beteiligt und die Themen der Landtagsfraktion in die Städte und Kreise getragen. So wurde im Rahmen der Diskussion um das Tariftreue- und Vergabegesetz in 7 Städten des LWL eine Anfrage zu den Auswirkungen des Schwellenwertes gestellt.

Die Bundestagsfraktion und insbesondere ihr behindertenpolitischen Sprecher, Dr. Ilja Seifert und Sonja Kemnitz, Sprecherin der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik, hat uns in einigen Fragen beraten. 2011 hatten wir eine **gemeinsame Klausurtagung der behindertenpolitischen SprecherInnen** unserer Landtagsfraktionen gemeinsam mit unserer Fraktion in Münster. Auch an den nachfolgenden Treffen der behindertenpolitischen SprecherInnen haben wir uns beteiligt.

Auf Bundesebene nahm ein Mitglied unserer Fraktion regelmäßig an den Beratungen der **Bundesarbeitsgemeinschaft Selbstbestimmte Behindertenpolitik** teil und arbeitete bei der BAG mit.

Die LWL-Fraktion war regelmäßig mit **Info-Ständen** vertreten bzw. hat diese mitgestaltet, so beim Sommerfest DER LINKEN in Hamm, bei der Messe RehaCare in Düsseldorf oder auf dem Landesparteitag.

In einer der ersten Veranstaltungen der Fraktion haben wir gemeinsam mit den GenossInnen in den Kommunalparlamenten über den **Hebesatz der Landschaftsumlage des LWL beraten**. AN dieser nahmen 45 GenossInnen teil. Eine weitere Veranstaltung im letzten Jahr wurde von 15 GenossInnen besucht.

Ein weiterer Schwerpunkt gemeinsamer Aktivitäten war die Situation der ehemaligen Heimkinder und der geschlossenen Einrichtung Haasenburg in Brandenburg, in der auch Kinder aus NRW untergebracht wurden. Hier gab es gemeinsame Anfragen verschiedener Kommunalfraktionen, der LVR-Fraktion, von Bundestagsabgeordneten und der Landtagsfraktion in Brandenburg. Einer der bisherigen Höhepunkte unserer Arbeit war die **Offene Fraktionssitzung zum Thema ehemalige Heimkinder**, die gemeinsam mit dem Verein der ehemaligen Heimkinder (VEH) gestaltet wurde. An dieser nahmen 35 Menschen teil, mehr als die Hälfte waren ehemalige Heimkinder.

Gemeinsam mit der Kreisfraktion in Soest fand eine **Veranstaltung zum Thema Inklusion im Kreis Soest** statt. Rund 35 TeilnehmerInnen, darunter viele in diesem Bereich tätigen Menschen, berichteten und diskutierten über die Umsetzung von Inklusion im Kreis.

Außerhalb der Partei

Die LWL-Fraktion legte in ihrer Arbeit großen Wert darauf, mit den **Personalräten des LWL** und der **Gewerkschaft ver.di** zusammenzuarbeiten. So gab es zu den Themen Provinzial, Kliniken, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, Gesundheitssituation der Beschäftigten und Stellenplan Beratungen und Gespräche mit ver.di, ver.di-KollegInnen aus dem Gesamtpersonalrat und den einzelnen Personalräten vor Ort. Mitglieder der LWL-Fraktion unterstützten aktiv verschiedene Aktionen von ver.di.

Auch mit der **LAG Selbsthilfe NRW** wurde sich beraten bzgl. der von uns geforderten Beteiligung von Menschen mit Behinderungen in den Ausschüssen des LWL und der von uns geforderten Inklusionskommission. Die Vorsitzende der LAG Selbsthilfe nahm an zwei Veranstaltungen unserer LWL-Fraktion als Referentin teil.

Am 28.4.2012 gab es eine mit 70 Teilnehmerinnen aus unseren Fraktionen, der Partei und der Selbsthilfe gut besuchte Open Space Konferenz zum Thema Inklusion: „Selbstbestimmtes Leben – was bedeutet das für Dich?“ Auf dieser Konferenz konnten die TeilnehmerInnen selber die Themen bestimmen. Die Veranstaltung wurde gemeinsam mit dem LVR und dem KoPoFo organisiert.

An unserer Veranstaltung zur Inklusion im Kreis Soest nahmen etliche **Mitglieder der Selbsthilfe von Menschen mit Behinderungen** und viele **Menschen, die in diesem Bereich beschäftigt sind**, teil.

Mit dem **Verein der ehemaligen Heimkinder (VEH)** gab und gibt es eine intensive Zusammenarbeit. So wurden wir zur Jahreshauptversammlung des Vereins eingeladen, um dort zu referieren. Im September hatten wir eine gut besuchte offene Fraktionssitzung zum Thema Hilfsfonds und Anlaufstelle beim LWL. Zur Vorbereitung gab es mehrere Treffen mit dem Vorstand des Vereins. Und für das Frühjahr 2014 ist eine weitere, wissenschaftliche Veranstaltung geplant.

Eine erfolgreiche und intensive Zusammenarbeit gab und gibt es auch mit dem **Bund der Psychatrie-Erfahrenen (BPE)**. Diese dokumentierte sich in Anfragen und Anträgen, Klinikbesuchen und nicht zuletzt in der gemeinsam getragenen 2-tägigen wissenschaftlichen Konferenz zur Psychatrie ohne Zwang, an der sich 80 Menschen beteiligten.

Übersicht der Anfragen und Anträge der Fraktion DIE LINKE. im LWL

	2010	2011	2012	2013
Januar		Anfrage Verwaltung: 17.01. Todesfälle, Videoüberwachung, Zwangsbehandlung	Soziales: 06.01. Antrag Einsetzung einer Kommission zur Förderung der Inklusion	Anfrage Verwaltung: 10.01. Aktenvernichtung von ehemaligen Heimkindern Finanzen: 22.01. Antrag Fraktion DIE LINKE. zum Hebesatz zur Landschaftsumlage
Februar		Landschaftsausschuss: 16.02. Antrag der Fraktion DIE LINKE: Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung - Hebesatz zur Landschaftsumlage	Landschaftsausschuss: 02.02. Resolution der Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe an die Bundesregierung und den Bundesrat zur Vergabe an WFBM's und an Integrationsbetriebe Landschaftsversammlung: 28.02. Antrag Fraktion DIE LINKE: Erhöhung der Landschaftsumlage	
März	Finanzen: 25.03. Anfrage TNT-Briefzusteller	Landschaftsausschuss: 11.03. BürgerInnenbeteiligung stärken - Sachkundige EinwohnerInnen in Fachausschüsse einbinden		
April	Landschaftsausschuss: 20.04. Hebesatz zur Landschaftsumlage	Landschaftsausschuss: 14.04. Dringlichkeitsantrag Positionierung des LWL auf der Hauptversammlung der RWE AG Anfrage Verwaltung: 28.04. Vergabe Detmold / § 141 SGB IX Vergabe von Aufträgen durch die öffentliche Hand	Anfrage Verwaltung: 18.04. Überlastungsanzeigen in LWL Kliniken	Kultur: 22.04. Beschäftigung Textilmuseum Bocholt

<p>Mai</p>	<p>Anfrage Verwaltung: 19.05. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse beim LWL</p> <p>Personal: Anfrage 21.05. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse beim LWL</p>	<p>Beschwerde: Anfrage Statistik Todesfälle Psychiatrie</p>		<p>Finanzen: 07.05. Folgen einer Umwandlung der Provinzial Nord-West AG in eine Anstalt des öffentlichen Rechtes</p> <p>Soziales: 28.05. Anfrage an den Sozialausschuss zur sozi- alpsychiatrischen Versorgung in Pflegefamilien</p>
<p>Juni</p>		<p>Vergabe: 07.06. Schwellen- wert / Bauleistungen</p> <p>Vergabe: 2. Anfrage 28.06. Schwellenwert / Bauleistungen</p> <p>Anfrage Verwaltung: 01.06. Statistik Todesfälle Psychiatrie</p> <p>Kultur: 08.06. Antrag zur Aus- sprache, den Punkt „Vergaben des LWL an Werkstätten für Menschen mit Behinderungen“ in die Tagesordnung aufzu- nehmen</p> <p>Kultur: 09.06. Antrag zur Ver- gaben des LWL an Werkstät- ten für Menschen mit Behinde- rungen gemäß Runderlass vom 11. Mai 2011</p>		

<p>Juli</p>	<p>Kultur: 02.07 Eintritt in LWL-Museen Der Eintritt in die LWL-Museen ist für EmpfängerInnen von ALG II, BeziehungsInnen von Sozialhilfe nach SGB XII und sowie Gleichgestellte (GeringverdienerInnen) kostenfrei.</p> <p>Landschaftsausschuss: 26.07. Resolution der Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe an den Landtag Nordrhein-Westfalen Tariftreue und Mindestlöhne bei Öffentlichen Aufträgen - Für ein neues Vergabegesetz in NRW</p> <p>Kultur: 29.07. Bewerbungsverfahren Freilichtmuseum Detmold</p>	<p>Landschaftsausschuss: 12.07. Dringlichkeitsantrag zur Streichung der Mittel für schulpflichtige vom Schulbesuch zurückgestellte Kinder</p>		<p>Werkstatt: 01.07. Anfrage an die Werkstattleitung, der Werkstatt für Menschen mit Behinderung in Rhede, zu der Auslagerung von zwei Produktionsgruppen nach Mussum</p>
<p>August</p>	<p>Landschaftsversammlung: 26.08. Vergabe von Leistungen nach VOB oder VOL</p>	<p>Jugendhilfe: 17.08. Hilfe zur Erziehung im Ausland</p>		<p>Anfrage Verwaltung: 16.08. Entwicklung des Persönlichen Budget's im Bereich des LWL</p> <p>Anfrage Verwaltung: 19.08. Anfrage an die Verwaltung zur Arbeit der Beratungs- und Anlaufstelle für die ehemaligen Heimkinder</p>

September			<p>Anfrage Verwaltung: 04.09. Betreuung von behinderten Kindern in der OGS</p> <p>Anfrage Verwaltung: 04.09. Berücksichtigung der Kosten für die Mitarbeitervertretung/ den Betriebsrat bei den Pflegegesetzverhandlungen</p>	<p>Anfrage Verwaltung: 16.9. Entwicklung des Persönlichen Budgets im Bereich des LWL</p>
Oktober	<p>Soziales: 04.10. Antrag TOP Arbeitsentgelte für beschäftigte behinderte Menschen in den Werkstätten für behinderte Menschen</p>	<p>Jugendhilfe, Landschaftsausschuss: 04.10. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Vorlage 13/0736 "Beteiligung des LWL am Entschädigungsfonds für ehemalige Heimkinder"</p> <p>Landschaftsausschuss: 26.10. Antrag der Fraktion DIE LINKE: Werben für eine aufgabengerechte Landschaftsumlage</p>	<p>Soziales: 04.10. Arbeitsentgelte für beschäftigte behinderte Menschen in den Werkstätten für behinderte Menschen</p> <p>Anfrage Verwaltung: 02.10. Überlastungsanzeigen in der LWL-Wohnverbände und LWL-Pflegezentren</p> <p>Personal: 04.10. Antrag Gesundheitsbericht 2011</p> <p>Soziales: 15.10. Aktenvernichtung ehemaliger Heimkinder</p>	

<p>November</p>	<p>Kultur: 12.11. Schließung Kaiserpfalz</p>	<p>Anfrage Verwaltung: 10.11. Leistungen des LWL an Soldatinnen und Soldaten nach dem Soldatenversorgungsgesetz</p> <p>Kultur: 14.11. Anfrage zu Ausschreibungen und Auftragsvergabe § 141 SGB IX Vergabe von Aufträgen durch die öffentliche Hand</p> <p>Personal: 24.11. Bevorzugte Vergabe an Werkstätten für behinderte Menschen bzw. Integrationsprojekte oberhalb des EU-Schwellenwertes – Antrag auf Aufnahme in die Tagesordnung</p>	<p>Kultur: 15.11. Antrag DIE LINKE zur Einrichtung von E-Bike-Ladestationen bei Museen</p>	
<p>Dezember</p>			<p>Finanzen: 12.12. Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE zum öffentlichen Teil der Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses am 13.12.2012</p>	